

Grüne für generellen Abschiebestopp in das Kosovo

Filiz Polat: Delegationsreise offenbart erbärmliche Perspektiven für abgeschobene Minderheiten

Nach Delegationsreise des Innenausschusses (22.04. bis 26.04.2012) zur Situation von abgeschobenen Roma, Ashkali und ÄgypterInnen in das Kosovo erklärt Filiz Polat, migrationspolitische Sprecherin der Niedersächsischen Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Die Reise in die Republik Kosovo hat deutlich gezeigt, wie fatal die Folgen der Abschiebung insbesondere für Familien aus den Minderheiten sind. Es sind die Kinder, die unter der zwangsweisen Rückkehr am stärksten leiden. Die Roma-Familien leben meist unter unvorstellbaren Lebensbedingungen. Bei einer Arbeitslosigkeit von 99 Prozent in dieser Gruppe ist eine Reintegration ausgeschlossen. Diese Minderheit wird nach wie vor im Konflikt zwischen Serben und Kosovo-Albanern aufgerieben und ist nicht nur strukturellem, sondern auch offenem Rassismus ausgesetzt. Eine Vertreterin von UNICEF berichtete im Gespräch davon, dass Kinder aus Minderheiten sowohl von Sprachbarrieren, als auch von Mobbing, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung in der Schule erzählen. Auch die von uns besuchte Familie Meta aus dem Landkreis Cuxhaven berichtete von einem Übergriff auf den jüngsten Sohn. Die jüngeren Mädchen fürchteten sich, alleine auf die Straße zu gehen und sprachen von der Angst vergewaltigt zu werden. Der Appell der Familie an die Delegation war eindeutig „Wir wollen nach Hause!“. Von Seiten des Vertreters des Innenministeriums gab es jedoch sofort eine Absage an jede Möglichkeit zur Rückkehr.

Die seit 2010 laufende „Reintegrationsstrategie“ für abgeschobene Angehörige des kosovarischen Staates, aber auch Programme der Niedersächsischen Landesregierung wie URA II (URA bedeutet auf Albanisch „Brücke“), sind auf Grund dieser Rahmenbedingungen keine Hilfe oder lediglich nicht viel mehr als die im Namen angelegte „Überbrückungshilfe“. Die Vertreter aller Organisationen, wie z.B. UNICEF, UNHCR und OSZE betonten, dass die Regierung völlig überfordert sei, die Rückgeführten zu integrieren. Die Fakten und auch die Gespräche mit den Betroffenen vor Ort bestätigten dies. So appellierten die Vertreter der Stadtverwaltung aus Fushë Kosovë an uns, **„keine Menschen mehr abzuschieben!“**.

Die Republik Kosovo schloss mit verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU nach ihrer Anerkennung 2008 Rückübernahmeabkommen, um dem Ziel der Visa-Liberalisierung einen Schritt näher zu kommen. Deshalb so betonten viele NGOs, sei der von den Regierungsvertretern immer wieder – auch uns gegenüber - betonte politische Wille, die rückgeführten Menschen zu integrieren, ein Lippenbekenntnis zum Zwecke der Europäischen Integration..

¹ siehe Bericht UNICEF 2012 „Stilles Leiden“, S. 39

Auch der Besuch der Psychiatrischen Klinik und das Gespräch mit der Leiterin des Rehabilitationszentrums für Folteropfer zeigten uns, wie traumatisiert die Bevölkerung ist. Etwa 17 – 30 Prozent der Bevölkerung (289.000 – 510.000) leiden demnach an PTBS (Posttraumatischer Belastungsstörung).¹ Medica Kosova, eine Beratungsstelle für Frauen, sprach von geschätzten 20.000 vergewaltigten Frauen. Eine psychologische und psychiatrische Versorgung ist kaum vorhanden. Die psychiatrische Klinik ist die einzige staatliche Klinik mit 88 Betten. Eine Behandlung von PTBS finde nur ambulant statt. Bei der psychiatrischen Gesundheitsversorgung von Kindern ist die Lage noch dramatischer. Laut der UNICEF Studie „Stilles Leiden“ vom März 2012 gibt es im gesamten Kosovo nur einen Kinderpsychologen bei nahezu 600.000 unter 18-Jährigen.

Es ist für mich nach dieser erneuten Reise in den Kosovo klar, Niedersachsen muss die Abschiebungen von Minderheiten in das Kosovo generell aussetzen. Die Landesregierung ist zudem der Förderung und Achtung von Kinderrechten verpflichtet. Da bei allen Entscheidungen über Abschiebungen das Kindeswohl im Mittelpunkt zu stehen hat, ist es nicht verantwortbar, in Niedersachsen sozialisierte und teilweise in Deutschland geborene Kinder abzuschieben. Ich hoffe, dass die anderen Fraktionen die vielen Erkenntnisse der Reise zum Anlass nehmen, um hier zu einer menschenwürdigen Lösung für alle in den Kosovo ausreisepflichtigen Menschen zu kommen. Diese kann nur darin bestehen, den betroffenen Menschen ein dauerhaftes Bleiberecht zu gewähren.“

¹ siehe Bericht UNICEF 2012 „Stilles Leiden“, S. 39